

Als dann wird eine ansehnliche Verringerung der preussischen Okkupationsarmee eintreten. Die kleinen Differenzen mit der Schweiz sind jetzt geregelt. Der eidgenössische Bundesrath wird demnächst die Rücklieferung der von den Flüchtlingen aus Baden und Rheinbaiern nach der Schweiz mitgebrachten Waffen und anderer Kriegsmaterialien eintreten lassen. Ein Oberst der eidgenössischen Armee ist aus der Schweiz in Frankfurt eingetroffen, um mit dem Reichsministerium diese Angelegenheit zu regeln. Seine Sendung bezieht sich dem Vernehmen nach außerdem auch auf die Flüchtlingsangelegenheit. Der eidgenössische Bundesrath wünscht, wie es heisst, die Vermittelung der deutschen Centralgewalt, um die Regierungen derjenigen deutschen Staaten, welchen jene Flüchtlinge angehören, zu einer Amnestie, wenigstens nach Kategorien, zu vermögen. — Die bairischen Truppen in Franken, welche der Centralgewalt zur Verfügung gestellt sind, haben von Aschaffenburg aus ihre Vorposten bis an die kurheffische Grenze vorgeschoben; sie bleiben einweilen in dieser Stellung. Ihre Stärke wird auf 24,600 Mann gebracht. Die Truppen in Rheinbaiern werden ebenfalls ansehnliche Verstärkungen erhalten, welche sich auf 20,000 Mann belaufen würden; auch diese Truppen stehen unter Reichsbeehl; um Frankreich keinen Anstoss zu geben, werden sie mehr nach der bairischen und rheinheffischen Grenze hingezogen werden. — Das Gerücht, der Senat unsers Freistaats sei dem Dreikönigsentwurfe beigetreten, erweist sich allen Erkundigungen nach als grundlos.

D. A. Z.

**S. Frankfurt, 13. Aug.** Die Centralgewalt hat folgende Verwahrung gegen die Waffenstillstands-Convention mit Dänemark eingelegt:

„Se. kais. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser haben auf Antrag Ihres Ministerathes den Unterzeichneten beauftragt, in Betreff der zu Berlin am 10. Juli d. J. zwischen den königlich preussischen und königlich dänischen Bevollmächtigten abgeschlossenen Friedenspräliminarien und Waffenstillstands-Conventionen an sämtliche deutsche Bundesstaaten die nachstehende Mittheilung zu richten. Als die königlich preussische Regierung am 18. Mai d. J. der provisorischen Centralgewalt für Deutschland den Entschluß ankündigte, die Leitung des Krieges und der Unterhandlungen mit Dänemark in die Hand zu nehmen, erschien der Centralgewalt die Nothwendigkeit eines Schrittes nicht nachgewiesen, welches den Fortbestand der Fundamentalsätze des deutschen Bundesrechtes thatsächlich verneinte und in seinen Voraussetzungen und in seinen Folgen gleich bedenklich war. In ihrem Rechte eben so sehr durch den Art. XI. der Bundesacte gesichert, wie durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 verpflichtet zur Wahrung der Ehre und der Interessen Deutschlands in einem Bundeskriege und besorgt vor dem Unglück einer beginnenden Auflösung des Bundes in seinen wichtigsten Beziehungen, ersuchte die Centralgewalt mit Schreiben vom 23. Mai d. J. die königliche Regierung, der erwähnten Ankündigung keine Folge zu geben und bis auf weiteres dem Reichsverweser die Unterstützung Preussens bei der Kriegführung und Friedensunterhandlung mit Dänemark fernerhin zu gewähren. Eine Erwiderung der königlichen Regierung auf dieses Ersuchen scheint in Folge der seitdem von Preussen ausgesprochenen allgemeinen Ansicht der Lage Deutschlands unterblieben zu sein, wonach der deutsche Bund zwar noch in seiner Wesenheit fortbestehen, aber in der provisorischen Centralgewalt ein zureichendes und berechtigtes Organ nicht besitzen soll. Es ist bekannt, daß die preuss. Regierung, obwohl diese ihre Auffassung in ihren letzten Folgerungen seither weder rechtlich noch praktisch in's Leben treten konnte, dieselbe doch selbst durch ihren völligen Abbruch des Geschäftsverkehrs mit der provisorischen Centralgewalt betheiligen zu müssen glaubte. Von der schwankenden, nur der Macht und dem Zufalle Preis gegebenen Lage, in welche die früher vom deutschen Bunde, dann von der Centralgewalt geleiteten gemeinsamen Angelegenheiten hierdurch geriethen, bot der deutsch-dänische Streit sofort ein Beispiel. Die seither in London Namens des Reichsverwesers geführten Friedensunterhandlungen wurden ohne irgend eine Betheiligung der Centralgewalt nach Berlin verlegt, während gleichzeitig der Oberbefehlshaber des aus den Contingenten verschiedener Staaten zusammen-gesetzten Heeres in Eid und Pflicht des Reichs verblieb. Die unter so beklagenswerthen Umständen zwischen Preussen und Dänemark zu Stande gekommenen Verträge sind dem Reichsverweser weder zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt worden, noch können Se. k. Hoheit in der Pflicht und Würde ihrer Stellung oder in dem materiellen Inhalte jener Verträge einen Beweggrund erkennen, die denselben abgehende Rechtsverbindlichkeit für die Gesamtheit aus eigenem Antriebe zu ergänzen, oder den Beitritt anderer deutschen Staaten, welcher von Seiten Preussens anheimgegeben worden ist, für rechtmässig zu erklären. Se. kais. Hoheit erachten sich vielmehr für verpflichtet, sowohl die Rechte der Centralgewalt Deutschlands als diejenigen aller einzelnen deutschen Staaten gegen die mehrerwähnten Verträge ausdrücklich zu verwahren und die rechtszültige

Erlebung des Streites mit Dänemark den künftig im Namen Deutschlands abzuschliessenden Frieden vorzubehalten. In der Rücksicht jedoch, daß es unter den gegebenen Verhältnissen nicht in der Aufgabe der Centralgewalt gelegen sein kann, die Fortsetzung eines Krieges, welcher thatsächlich kein deutscher Krieg geblieben ist, durch einzelne Bundesstaaten zu veranlassen oder zu autorisiren und dadurch die Gefahren des innern Zwispalts unberechenbar zu vermehren, haben Se. kais. Hoheit gleichzeitig sich bewogen gefunden, Ihrerseits den Befehl zu einer factischen Einstellung der Feindseligkeiten nach Maßgabe der rein militairischen Bestimmungen der Berliner Waffenstillstandsconvention zu ertheilen und die Reichsminister des Krieges und der Marine mit allen zu diesem Zwecke weiter erforderlichen Anordnungen zu beauftragen. Der Unterzeichnete hat die Ehre, die hohen deutschen Regierungen demgemäß zu ersuchen, hinsichtlich der nöthig werdenden Verfügungen über die im Reichsdienst gegen Dänemark verwendeten Contingente mit dem Reichskriegsminister in Benehmen zu treten, im Uebrigen aber die gegenwärtige verwahrende Erklärung gefälligst zur Wissenschaft zu nehmen.

Frankfurt a. M., 4. August.

Der Präsident des Reichsministerrathes.

(gez.) Wittgenstein.

**LC Frankfurt, 13. August.** Wie wir vernehmen, ist der Secretär Leuthäuser mit wichtigen Depeschen für das Reichsfinanzministerium von Gastein hier eingetroffen und wird demnächst in Folge eines abgehaltenen Ministerathes wieder nach dorthin abgehen. Hiernach zu schließen, dürfte allerdings die Zurückkunft des Erzherzog-Reichsverwesers noch nicht in solcher Nähe erfolgen, als man es allgemein wünscht. — Der Syndikus Harmer wird, wie man sich in den hiesigen höhern Kreisen erzählt, in einigen Tagen nach Berlin abreisen, um wegen des Beitritts der Republik Frankfurt zum Sprechbunde zu unterhandeln. Der Syndikus Harmer soll übrigens, wie versichert wird, dem Beitritt persönlich abgeneigt sein.

**Münster, 14. August.** Der h. Vater hat unserm hochwürdigsten Herrn Bischof folgendes Breve zugestellt; ein Schreiben, worin Se. Heiligkeit für die Liebesgaben dankt, die ihm aus unserer Diocese so bereitwillig und freigebig dargebracht sind:

Pius P. B. IX. Ehrwürdiger Bruder. Heil und Apostolischen Segen. Aus Deinem sehr freundlichen Schreiben vom 14. Mai entnehmen wir, mit welcher tiefer Betrübniß Du, Ehrwürdiger Bruder, zugleich mit Deinem Clerus und dem gläubigen Volke erfüllt worden bist wegen des sehr traurigen Umschwunges Unserer Angelegenheiten und mit welchem Eifer dort ohne Unterlaß inbrünstige Gebete dem gütigen Gott für unsere Erhaltung dargebracht werden. In Wahrheit, keinen geringen Trost haben uns diese Aeußerungen der Theilnahme gewährt, da aus denselben klar hervorgeht, wie Du, Ehrwürdiger Bruder, Dich durch Treue gegen die Kirche und kindliche Ehrfurcht und Liebe gegen uns auszeichnest, und wie jene Geistlichkeit und das gläubige Volk von dem Geiste der Religion und von kindlicher Ehrerbietung und Hochachtung gegen den Stellvertreter Christi durchdrungen sind. — In der That kann bei der so großen Verborgenheit der Zeit und bei der Herrschaft ruchloser Menschen zur Beseitigung der Bitterkeit Unserer Schmerzen Nichts kräftiger wirken, als die Erkenntniß, wie gar Viele es noch allenthalben gibt, welche unter Gottes Beistand den schlechten Rathschlägen feindseliger Menschen ihre Ohren verschließen, den trügerischen Irlehren gegenüber in dem Bekenntnisse der katholischen Wahrheit standhaft beharren, dem Stuhle Petri fest anhängen und ihren Ruhm darin finden, dem Nachfolger der Apostel fürsten, dem römischen Papste, Gehorsam und Ehrfurcht zu erweisen. Obschon wir nun aber sehr dankbar sind für das reichliche, fromme Geschenk, welches Du, Ehrwürdiger Bruder, und die Dir anvertrauten Gläubigen uns zu senden bemüht wäret, so können wir uns dennoch nicht verheimlichen, daß jene Freigebigkeit Unserm väterlichen Herzen zu nicht geringer Beängstigung gewesen ist, da wir nämlich fürchten, daß Ihr, indem Ihr eure Liebe gegen uns zu viel nachgegeben, dieses nur zu Eurem großen Nachtheile gethan habt. Indem wir nun sowohl Dir als den Dir anvertrauten Gläubigen den größten Dank sagen, zweifeln wir nicht im Geringsten, daß Du zugleich mit den Gläubigen fortfahrest, Gott, der reich ist in seinen Erbarmungen zu bitten und zu beschwören, daß er seine heilige Kirche aus den Stürmen, von welchen sie jetzt umhergetrieben wird, errette und sie durch die Siege seiner Söhne vermehre und verherrliche. Wir unterlassen nicht, den gütigsten Herrn demüthig zu bitten, daß er mit dem Reichthume seiner göttlichen Gnade Dir immer gnädig beistehen möge und daß er Deine Hirten sorgen und Arbeiten segne, damit die Deiner Wachsamkeit anvertrauten Gläubigen mit immer freudigerem Muthe auf dem Wege des Herrn wandeln. Und als den Vorläufer dieses Schutzes von Oben und als Unterpfand Unseres besondern Wohlwollens gegen Dich ertheilen wir mit der innigsten Zuneigung des